

PRESSEMITTEILUNG

Wirtschaftsrat Ludwigsburg diskutiert über Lösung der Euro-Krise „Ohne politische Union wird die EU untergehen“

30. Januar 2012

Ludwigsburg. Die Sektion Ludwigsburg des Wirtschaftsrats Deutschland hat im Rahmen einer Veranstaltung mit Elmar Braunstein, dem Vorstandsvorsitzenden der Volksbank Strohgäu eG, über die aktuelle Euro-Krise diskutiert. Sektionssprecher Dr. Wolfgang Brandt verwies zu Beginn der Veranstaltung auf das Übermaß an täglichen Informationen in Sachen Euro-Krise. Da die Banken dabei häufig als (Mit-)Verursacher genannt werden, forderte er dazu auf, diese Behauptung genau zu betrachten. Braunstein stellte dann auch gleich zu Beginn den Euro als politisches Vorhaben dar, das auch als solches behandelt werden sollte. Anschließend ging er auf die Anfänge des Euro ein und beleuchtete die Idee, die dessen Gründerväter verfolgten.

Braunstein hob mit Blick auf die Krise vor allem auf die Gefahren der europaweit hohen Staatsverschuldung ab. In Bezug auf die Rolle der Rating-Agenturen stellte er klar: „Währungsunionen werden benachteiligt und sind anfälliger für Schuldenkrisen, da Inflation und Wechselkursrisiken nicht in Ratings einfließen.“

Eine Lösung der Euro-Krise kann aus Sicht des Volksbanken-Chefs nur durch Rückgewinnung des Vertrauens der Märkte und der Menschen gelingen. „Derzeit haben wir eine ausgeprägte Vertrauenskrise.“ Griechenland sei ein Sonderfall, da das Land nie „eurofähig“ gewesen sei. Mit Blick auf die zahlreichen Rettungsversuche wie Anleihen-Aufkäufe durch die Europäische Zentralbank oder die diskutierten Eurobonds machte er klar, was eine Rettung ausmacht: „Wir müssen den Maastricht-Vertrag nachhaltig leben und so den Weg von der Währungsunion hin zur Stabilitätsunion gehen. Außerdem muss die Schuldenbremse in den Verfassungen verankert werden.“

Zum Ende der Veranstaltung machte Sektionssprecher Brandt noch einmal die Ernsthaftigkeit der Krise klar und wies auf die Notwendigkeit einer baldigen Lösung hin: „Wir wissen, dass es in keinem Fall weitergehen kann wie bisher. Die Regierungen in Europa müssen ein breites Maßnahmenprogramm aufstellen. Europa muss weiter zusammenwachsen, auch um nach Außen zum Beispiel gegen Asien stärker zu sein. Mittelfristig brauchen wir eine schlagkräftige politische Union in Europa, wenn wir uns nicht fremd steuern lassen wollen.“ Ebenso verwies er auf die Tatsache, dass noch nicht einmal der erste Euro in den ESM eingezahlt worden sei, aber dennoch werde schon über eine gewaltige Aufstockung geredet. Schneller könne man in Europa bei den Bürgern deren Vertrauen nicht zerstören.

Kontakt:

Bernhard Feßler, Landesgeschäftsführer,
Kronprinzstraße 18, 70173 Stuttgart, Tel. 07 11/83 88 74 - 0, Fax 07 11/83 88 74 - 20, b.fessler@wirtschaftsrat.de

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. ist ein bundesweit organisierter unternehmerischer Berufsverband mit rund 11.000 Mitgliedern. Der 1963 gegründete Verband bietet seinen Mitgliedern eine Plattform zur Mitgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards. Der Wirtschaftsrat vertritt die Interessen der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Er versteht sich als Brücke zwischen Politik und Wirtschaft - und umgekehrt. Die Finanzierung des Verbands erfolgt ausschließlich durch die Beiträge seiner Mitglieder. Neben Unternehmen sind vor allem auch unternehmerisch tätige Führungskräfte sowie selbstständige Angehörige der Freien Berufe Mitglied im Wirtschaftsrat. Der Landesverband Baden-Württemberg hat in seinen 27 Sektionen in allen Regionen des Landes rund 2.000 Mitglieder. Landesvorsitzender ist Dr. Ulrich Zeitel aus Heidelberg. Er ist darüber hinaus auch Mitglied des Präsidiums. Weitere Informationen erhalten Sie unter: <http://www.wirtschaftsrat.de>